

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2007/00171]

9 JANVIER 2007. — Circulaire GPI 54 portant des directives complémentaires relatives au contrôle médical des membres du personnel des services de police. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la circulaire GPI 54 du Ministre de l'Intérieur du 9 janvier 2007 portant des directives complémentaires relatives au contrôle médical des membres du personnel des services de police (*Moniteur belge* du 24 janvier 2007), établie par le Service central de traduction allemande auprès du Commissariat d'arrondissement adjoint à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2007/00171]

9 JANUARI 2007. — Omzendbrief GPI 54 houdende bijkomende richtlijnen inzake de medische controle van de personeelsleden van de politiediensten. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de omzendbrief GPI 54 van de Minister van Binnenlandse Zaken van 9 januari 2007 houdende bijkomende richtlijnen inzake de medische controle van de personeelsleden van de politiediensten (*Belgisch Staatsblad* van 24 januari 2007), opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling bij het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2007/00171]

9. JANUAR 2007 — Rundschreiben GPI 54 zur Festlegung zusätzlicher Richtlinien in Bezug auf die medizinische Kontrolle der Personalmitglieder der Polizeidienste
Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Rundschreibens GPI 54 des Ministers des Innern vom 9. Januar 2007 zur Festlegung zusätzlicher Richtlinien in Bezug auf die medizinische Kontrolle der Personalmitglieder der Polizeidienste, erstellt von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen beim Beigeordneten Bezirkskommissariat in Malmedy.

9. JANUAR 2007 — Rundschreiben GPI 54 zur Festlegung zusätzlicher Richtlinien in Bezug auf die medizinische Kontrolle der Personalmitglieder der Polizeidienste

An die Herren Provinzgouverneure

An die Frau Gouverneurin des Verwaltungsbezirks Brüssel-Hauptstadt

An die Frauen und Herren Bürgermeister

An die Frauen und Herren Vorsitzenden der Polizeikollegien

An die Frauen und Herren Korpschefs der lokalen Polizei

An den Herrn Generalkommissar der föderalen Polizei

Zur Information:

An den Herrn Generaldirektor der Generaldirektion Sicherheits- und Vorbeugungspolitik

An den Herrn Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses für die lokale Polizei

Sehr geehrte Frau Gouverneurin, sehr geehrter Herr Gouverneur,

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Sehr geehrte Frau Korpschefin, sehr geehrter Herr Korpschef,

Sehr geehrter Herr Generalkommissar,

1. Eine der wichtigsten Zielsetzungen der Föderalregierung ist die Erhöhung der Einsatzkapazität der Polizeidienste: "Mehr Polizisten auf den Straßen". In diesem Rahmen hat der Ministerrat vom 30. März 2004 eine Reihe von verschiedenartigsten Maßnahmen beschlossen. Eine davon betrifft die Reduzierung des Absentismus innerhalb der Polizeidienste. Hierzu ist ein integrierter Aktionsplan erdacht und implementiert worden. Er umfasst eine Reihe verschiedenartiger Aktionen. Undifferenzierte und rein repressive Maßnahmen reichen nämlich mit Sicherheit nicht aus und, für sich genommen, können sie sich sogar als kontraproduktiv erweisen. Die meisten Erfahrungen haben gezeigt, dass ein globaler integrierter Plan mit besonderem Schwerpunkt auf die Prävention die besten Resultate ergibt. Informationen hierzu sind unter anderem auf der Internetseite www.hrpol.be zu finden.

Trotzdem bin ich der Überzeugung, dass neben oben erwähnten Maßnahmen die fakultative Überlassung der medizinischen Kontrolle an unabhängige Kontrollärzte oder an private Einrichtungen der Zielsetzung der Regierung entspricht und in den vorerwähnten globalen Plan passt.

Ziel des vorliegenden Rundschreibens ist es daher, die nötigen Erläuterungen zu dieser neuen zusätzlichen medizinischen Kontrollmodalität zu erteilen.

2. Aufgrund von Artikel X.II.1 Nr. 2 RSPol beschließe ich, die verordnungsrechtliche Möglichkeit zur Zulassung von Kontrollärzten, die nicht dem medizinischen Dienst angehören, mit vorliegendem Rundschreiben konkret anzuwenden. Die Zulassungsbedingungen und das zu befolgende Zulassungsverfahren bilden den Gegenstand der Nummern 3 und 4.

Es geht darum, den lokalen Polizeikorps die Möglichkeit zu bieten, auf diese zugelassenen externen Kontrollärzte zurückzugreifen. Hierbei schließen sie selbst die nötigen Verträge mit einem oder mehreren zugelassenen Ärzten beziehungsweise mit einer oder mehreren Kontrolleinrichtungen ab. Wenn sie sich hierzu entschließen, kommen sie natürlich für die damit verbundenen Kosten auf. Dies bedeutet auch, dass die Personalmitglieder der betreffenden Polizeizonen für die Dauer des Vertrags nicht mehr von Kontrollärzten des medizinischen Dienstes der integrierten Polizei kontrolliert werden.

Nach einer gewissen Zeit werden die eventuellen Anwendungen dieser neuen Möglichkeit global bewertet werden.

3. Die erste Etappe in dem Konzept ist also die Zulassung, wie in Artikel X.II.1 Nr. 2 RSPol erwähnt. Es kommen nämlich nur zugelassene Ärzte oder Einrichtungen dafür in Frage.

Es gelten folgende Zulassungsbedingungen:

- 3.1 Belgier sein oder Staatsangehöriger eines anderen Landes der Europäischen Union sein,
- 3.2 die zivilen und politischen Rechte besitzen,
- 3.3 Inhaber eines Arztdiploms sein, gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses Nr. 78 vom 10. November 1967 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe,
- 3.4 über eine LIKIV-Nummer verfügen,
- 3.5 mindestens fünf Jahre Berufserfahrung als Hausarzt oder eine gleichwertige praktische Erfahrung aufweisen,
- 3.6 sich dazu verpflichten, die in Bezug auf die durchgeführten Kontrollen gesammelten Daten wöchentlich zur globalen Weiterverfolgung und Analyse an den medizinischen Dienst der integrierten Polizei weiterzuleiten,
- 3.7 sich dazu verpflichten, dem medizinischen Dienst jegliche Abänderung des ärztlichen Attests am Tag selbst zu übermitteln.

Kontrolleinrichtungen, die sich verpflichten, nur Kontrollärzte einzusetzen, die die in Nr. 3.1 bis 3.5 aufgeführten Bedingungen erfüllen und die die in Nr. 3.6 und 3.7 aufgeführten Verpflichtungen eingehen, können ebenfalls eine Zulassung beantragen.

4. Das Zulassungsverfahren verläuft wie folgt: Die schriftlichen Anträge sind an den Direktor des medizinischen Dienstes der integrierten Polizei (DPMS - rue Fritz Toussaint 47 / Fritz Toussaintstraat 47 in 1050 Brussel) zu richten, den ich in Anwendung von Artikel X.II.1 Nr. 2 RSPol als Behörde bestimme, die befugt ist, Zulassungen zu erteilen.

Die Anträge der Ärzte müssen folgende Angaben enthalten:

- Lebenslauf,
- Kopie des Diploms,
- LIKIV-Nummer.

Obwohl die Zulassungsbedingungen (unbeschadet der üblichen berufsethischen Vorschriften) keine geografischen Kriterien umfassen, ist dies für die interessierten Behörden natürlich eine nützliche Angabe. Deshalb werden die Ärzte und Kontrolleinrichtungen gebeten, das Gebiet anzugeben, für das sie ihre Kontrolldienste anbieten (Bsp.: eine oder mehrere Gemeinden, eine oder mehrere Polizeizonen, Region, Provinz usw.).

5. Lokale Polizeizonen, die einen Vertrag mit einem oder mehreren zugelassenen Ärzten beziehungsweise mit einer oder mehreren zugelassenen Kontrolleinrichtungen schließen, verpflichten sich dazu, den medizinischen Dienst der integrierten Polizei hierüber zu informieren. Sie teilen dem medizinischen Dienst der integrierten Polizei das Datum des In-Kraft-Tretens des Vertrags mit und verständigen ihn über jede Vertragsänderung oder -beendigung.

6. Wenn die zugelassenen Ärzte beziehungsweise Einrichtungen die Zulassungsbedingungen während der Kontrolltätigkeiten nicht einhalten, kann die Zulassung ihnen aufgrund einer ausführlichen Stellungnahme des Direktors des medizinischen Dienstes der integrierten Polizei von meinem Amt entzogen werden.

Der Minister des Innern
P. DEWAELE

SERVICE PUBLIC FEDERAL JUSTICE

[C - 2007/09262]

Ordre judiciaire. — Places vacantes

- greffier en chef du tribunal de police de Tongres : 1, à partir du 1^{er} juillet 2007;
- greffier au tribunal de commerce d'Anvers : 1, à partir du 1^{er} septembre 2007;
- greffier adjoint :
 - au tribunal du travail de Tournai : 1;
 - au tribunal de police de Marche-en-Famenne : 1;
- secrétaire adjoint :
 - au parquet de la cour d'appel de Liège : 1;
 - au parquet du procureur du Roi près le tribunal de première instance de :
 - Malines : 1;
 - Courtrai : 1;
 - Liège : 1.

Les candidatures à une nomination dans l'Ordre judiciaire doivent être adressées par lettre recommandée à la poste au "SPF Justice, Direction générale de l'Organisation judiciaire - Service du Personnel - ROJ 212, boulevard de Waterloo 115, 1000 Bruxelles", dans un délai d'un mois à partir de la publication de la vacance au *Moniteur belge* (article 287 du Code judiciaire).

Les candidats sont priés de joindre une copie de l'attestation de réussite de l'examen organisé par la Ministre de la Justice, pour les greffes et les parquets des cours et tribunaux et ce pour l'emploi qu'ils postulent.

Une lettre séparée doit être adressée pour chaque candidature; les lettres peuvent être envoyées dans une même enveloppe.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST JUSTITIE

[C - 2007/09262]

Rechterlijke Orde. — Vacante betrekkingen

- hoofdgriffier bij de politierechtbank te Tongeren : 1, vanaf 1 juli 2007;
- griffier bij de rechtbank van koophandel te Antwerpen : 1, vanaf 1 september 2007;
- adjunct-griffier :
 - bij de arbeidsrechtbank te Doornik : 1;
 - bij de politierechtbank te Marche-en-Famenne : 1;
- adjunct-secretaris :
 - bij het parket van het hof van beroep te Luik : 1;
 - bij het parket van de procureur des Konings bij de rechtbank van eerste aanleg te :
 - Mechelen : 1;
 - Kortrijk : 1;
 - Luik : 1.

De candidaturen voor een benoeming in de Rechterlijke Orde moeten bij een ter post aangetekend schrijven aan de "FOD Justitie, Directoraat-generaal Rechterlijke Organisatie - Dienst Personeelszaken - ROJ 212, Waterloolaan 115, 1000 Brussel", worden gericht binnen een termijn van één maand na de bekendmaking van de vacature in het *Belgisch Staatsblad* (artikel 287 van het Gerechtelijk Wetboek).

De kandidaten dienen een afschrift bij te voegen van het bewijs dat zij geslaagd zijn voor het examen voor de griffies en parketten van hoven en rechtbanken, ingericht door de Minister van Justitie, en dit voor het ambt waarvoor zij kandidaat zijn.

Voor elke kandidatuurstelling dient een afzonderlijk schrijven te worden opgemaakt; de brieven mogen in éénzelfde aangetekende zending worden verstuurd.